

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses II vom 15. März 2022

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 952 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zur Anerkennung von Diplomen durch LOS**

„Informiere Dich!“ – unter dem Slogan kann man weiterführende Informationen zu Aus- und Weiterbildungen auf der Webseite des Leitverbandes des ostbelgischen Sports aufrufen und kommt so auch zur Rubrik „Anerkennung der Diplome“.

Leider hört die Information hier auf... denn außer der Auflagen für die allgemeine Diplomvergabe im Modulsystem sowie den Informationen zum Erhalt eines Diploms, erhält man keine weiteren Informationen.

Auf der Seite Ostbelgiensport.be wird richtigerweise unter „Aus- und Weiterbildungen“ auf die Seite von LOS verwiesen, die ab dem 17.08.2021 alle Informationen diesbezüglich enthält.

Unter dem Reiter „Organisation“ findet man lediglich folgende Information:

„Die Deutschsprachige Gemeinschaft legt Rahmenbedingungen fest, die eine einheitliche Ausbildung in allen Sportarten sicherstellen. Diese lehnen sich an die Bedingungen der anderen Gemeinschaften des Landes an. So ist die Anerkennung deines Diploms gewährleistet.“

Wir möchten Ihnen deshalb folgende Fragen stellen:

1. Wieso findet man auf der Internetseite von LOS einen Reiter zur „Anerkennung von Diplomen“, der dann anschließend keine weiterführenden Infos zur Verfügung stellt?
2. Wie kann man dafür Sorge tragen, dass betroffene Personen weiterführende Informationen zu diesem Thema erhalten können?

- **Frage Nr. 953 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Thema Flüchtlinge und Beschäftigung**

Minister Antoniadis teilte am 2.3.22 im GrenzEcho mit, dass die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine Bereiche wie Wohnungswesen, Beschäftigung, Bildung und Integration tangiere und es daher die Aufgabe sei, zusammen mit den Gemeinden, Wohnungen zu organisieren, für den Integrationsparcours zu sorgen und Sprachkurse zu organisieren, sowie Beschäftigungsinitiativen zu ergreifen.

Wir haben uns in einer SF an Minister Antoniadis gewandt um nähere Informationen über den Bereich Wohnungswesen und Integration zu erfahren.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Daher wenden wir uns heute an Sie, um mehr über die Beschäftigungsinitiativen für Flüchtlinge zu erfahren.

Integration fängt mit der Sprache an. Da das verpflichtende A1 bzw. A2 Sprachniveau des Integrationsparcours (Dekret vom 11.12.17 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt) zu niedrig ist, versucht man dies durch Zusatzkurse zu kompensieren. Die Empfehlung des Ministeriums, das Sprachniveau zu erweitern (B1-B2), geht in die richtige Richtung, um eine berufliche Integration zu ermöglichen. Weshalb dies nicht verpflichtend ist, leuchtet uns noch immer nicht ein.

Nun ist es aber auch so, dass man eine Sprache nur dann erlernt, wenn man sie auch täglich sprechen muss. Dies geht aber nur, wenn man soziale Kontakte pflegt und mit anderen Menschen in Kontakt tritt. Daher muss aber erst einmal Kontakt mit der hiesigen Bevölkerung hergestellt werden.

Laut einem MSN Artikel vom 8.9.21 will Dänemark Einwanderern nur noch staatliche Hilfe zahlen, wenn sie arbeiten. „Wir wollen eine neue Arbeitslogik einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen“, sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. „Und wenn sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie für ihre Zuwendungen arbeiten.“

Zunächst sei die Regelung für diejenigen vorgesehen, die seit drei bis vier Jahren staatliche Leistungen beziehen und nicht über ein bestimmtes Maß an Schulbildung und Dänischkenntnissen verfügen, sagte die Regierungschefin weiter.

Wir tendieren ganz sicher nicht dazu nun Menschen, die aus einem Kriegsgebiet und traumatisiert zu uns kommen, unter Druck zu setzen. Doch angesichts der steigenden Flüchtlingswelle müssen wir über Lösungen nachdenken und zwar zum Wohle aller. Der dänische Arbeitsminister Peter Hummelgaard drückt es sehr gut aus: „Das Wichtigste für uns ist, dass die Menschen aus ihren Häusern herauskommen“, fügte er hinzu.

Wir sind auch der Meinung, dass:

Diese Vorgaben Einwanderern bei der Integration helfen könnten.

Laut Frederiksen: „Zu viele Jahre lang haben wir vielen Menschen einen schlechten Dienst erwiesen, indem wir nichts von ihnen verlangt haben“;

Dänemark führt eine strikte Asylpolitik. 2020 waren es rund 1500 Menschen, die dort um Asyl warben, fünf Jahre zuvor waren es 20.000. Das Ziel der Regierung war, die Zahl auf null zu senken.

Glücklicherweise hat sich in der Ukraine-Krise kein Staat für eine Null Politik ausgesprochen.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Fanden Gespräche mit dem ADG statt, um zusätzliche Beschäftigungsinitiativen zu ergreifen?
2. Könnten Sie sich nach dem Absolvieren des Integrationsparcours das dänische Modell in der DG vorstellen mit dem Ziel eine schnellere Integration zu gewährleisten und somit im Nachhinein eine Arbeitsstelle, die den Ansprüchen und Zielen der Menschen entspricht, zu ebnen? Eine Art Sprungbrett?

• **Frage Nr. 954 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zum Interreg-Projekt RANDO-M**

Das Interreg-Projekt "RANDO-M" ist ein gleichwertiges Projekt ähnlich wie die Vennbahn-Route, welches sich dem Wandern zugeschrieben hat.

Drei Partner die TAO, die Provinz Lüttich sowie die Eifel Tourismus GmbH sind an diesem Projekt beteiligt und der Startschuss erfolgte im Jahr 2018 in Eupen.

Das Hauptziel des Rando-M lautet:

die Schaffung eines Leitwanderwegs und dessen Anbindungsmöglichkeiten sowie die Profilierung der bestehenden grenzüberschreitenden Rad- und Wanderwege.

Es geht nicht um die Organisation eines "Spazierganges", sondern um anspruchsvolles Wandern mit hohem Qualitätsbedarf, so Jef Schuwer – einer der Projektleiter - in einem BRF Interview am 15.12.2020.

Hierbei wird unter anderem auf gute Beschilderung, Übernachtungsmöglichkeiten entlang der Routen oder auch Bodentypen, die angenehmes Wandern ermöglichen, geachtet.

Man möchte den Touristen von außerhalb aber auch den innerbelgischen Besuchern - Corona hat gezeigt wie beliebt Ostbelgien innerbelgisch ist - die Region weiter schmackhaft machen.

Mittels des grenzüberschreitenden Radfahrens und Wandern soll das Angebot in der Euregio vergrößert werden, denn schließlich ist man über die Landesgrenzen hinaus anschlussfähig!

Touristen solle demnach länger aber auch öfter die Region und Ostbelgien besuchen.

"Neue Wege sollen geschaffen werden, die die gesamte Region verbinden", so Sandra De Taeye von der TAO.

Wir möchten Ihnen, werte Frau Ministerin, deshalb folgende Fragen stellen:

1. Wie sieht der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf das Rando-M Projekt aus?
2. Wie lauten die Rückmeldungen seitens der 3 involvierten Partner ob und wie das Projekt seit dem Startschuss 2018 angenommen wurde?

• **Frage Nr. 955 von Frau GÖBBELS (ProDG) an Ministerin WEYKMANS zum „Wirkshop“ zum Jugendstrategieplan**

Bis zum Beginn des kommenden Jahres soll ein neuer Jugendstrategieplan für unsere Gemeinschaft erarbeitet werden. In diesem Jugendstrategieplan werden Ziele und Maßnahmen festgelegt, durch die die Situation der Jugendlichen in unserer Gemeinschaft verbessert werden sollen.

Dass die Jugendlichen bei der Erarbeitung miteinbezogen werden sollten, ist selbstverständlich. So ist es zu begrüßen, dass am 26. März ein sogenannter „Wirkshop“ stattfinden soll, bei dem die Jugendlichen und Jugendorganisationen ihre Ideen mit einbringen können.

Dieser Wirkshop soll im Alten Schlachthof in Eupen stattfinden. Schon vorab haben die Jugendlichen die Möglichkeit, über eine digitale Pinnwand ihre Ideen mitzuteilen.

Allerdings ist nicht jeder in dieser Altersgruppe im Besitz eines Führerscheines oder eines Fahrzeuges, was die Mobilität dieser Altersgruppe einschränkt. Daher ist es gerade für Jugendliche und im Rahmen einer solcher Veranstaltungen wichtig, dass man sich auf sie zubewegt, anstatt zu erwarten, dass diese weite Wege auf sich nehmen.

Meine Fragen an Sie lauten:

1. Ist es möglich auch einen ‚Wirkshop‘ im Süden der DG zu organisieren, um allen Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, sich an diesem wichtigen Prozess zu beteiligen?
2. Gibt es die Möglichkeit, sich online zu diesem ‚Wirkshop‘ zuzuschalten?

• **Frage Nr. 956 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu Autonomie am Arbeitsplatz und demokratischen Einstellungen**

Ich möchte einen Aspekt aufgreifen, der eher selten mit der Beschäftigung in Zusammenhang gebracht wird: Studien belegen regelmäßig eine wesentliche Verbindung zwischen der Qualität der Arbeitsverhältnisse und der grundsätzlichen Einstellung gegenüber der Demokratie.

In Deutschland widmete sich zuletzt Ende 2021 eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung den sozialen Ursachen von Verschwörungserzählungen. Eine wichtige Erkenntnis sei dabei, dass Erwerbstätigkeit wie ein Schutz vor antidemokratischen Einstellungen wirkt. Neben der Sicherheit des Arbeitsplatzes seien auch die Einschätzung der Selbstwirksamkeit, die Kollegialität und das Zusammengehörigkeitsgefühl wichtig für eine demokratische Einstellung.

In Frankreich berichtete das Magazin "Alternatives Economiques" diesen Februar von einer weiteren Studie, die wiederum die Verbindung zwischen der Autonomie in seiner Arbeit und dem Wahlverhalten aufzeigt. Wer wenig Selbst- oder Mitbestimmung in der Arbeit erfährt, geht eher nicht wählen oder macht sein Kreuz bei extremen Parteien.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft konzentrieren sich die öffentlichen Maßnahmen zur Demokratieförderung vor allem auf den Bildungsbereich. Natürlich ist das wichtig und die Basis. Wir haben im Parlament aber ebenfalls gesehen, dass sowohl die Möglichkeiten des Instituts für Demokratiepädagogik (IDP) als auch die des Unterrichtswesens begrenzt sind. Demokratieförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der jeder Bereich der Gesellschaft seinen Teil leisten kann. So trägt bekannterweise die Kultur einen wesentlichen Teil zur Demokratisierung der Gesellschaft bei. Der Arbeitswelt kommt aber, wie die erwähnten Studien belegen, auch eine zentrale Rolle zu.

Dass sie in den nächsten Jahren die Arbeitswelt mitten im ökologischen Wandel und der Digitalisierung stecken wird, macht diese Rolle nicht leichter. Diese Situation kann als Chance genutzt werden oder aber die Konfliktpotenziale in einer demokratischen Gesellschaft verschärfen - siehe die Gelbwestenbewegung in Frankreich oder die Entstehung eines digitalen Proletariats wie Essenskuriere oder Clickworker.

Vor diesen Entwicklungen habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Inwiefern können Sie im Rahmen Ihrer Befugnisse mehr Impulse für mehr Autonomie am Arbeitsplatz in der deutschsprachigen Gemeinschaft geben?
2. Wie stellen Sie sicher, dass in den erwähnten Studien als wichtig erkannte Aspekte zur Demokratieförderung (wie Autonomie, gute Arbeit, Erwerbssicherheit, Mitgestaltung, Kollegialität, Zusammengehörigkeitsgefühl) in anstehenden beschäftigungspolitischen Reformen berücksichtigt werden?
3. Wo sehen sie weitere Handlungsmöglichkeiten, um im Rahmen der Beschäftigungspolitik demokratische Verhaltensweisen zu fördern?

• **Frage Nr. 957 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin WEYKMANS zur Rückzahlung der zinslosen Darlehen für Vereine im Sport- und Kulturbereich**

Mit Hilfe des Krisendekretes hatte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen mit 10 Mio. Euro dotierten Corona Hilfsfond geschaffen. Hintergrund war, zeitweise Einnahmeausfälle und unvermeidbare Mehrausgaben aufgrund der Corona-Krise auszugleichen und somit, unter anderem, das Bestehen der Vereine zu gewährleisten.

Auf der Grundlage festgesetzter Kriterien legte die Deutschsprachige Gemeinschaft die Höhe der einzelnen Darlehen fest. Dazu basierte sie sich auf die Erklärungen der Antragsteller. Der inhaltlich zuständige Fachbereich im Ministerium begleitete den Antragsteller und verfolgte, wie sich die finanzielle Situation des jeweiligen Vereins infolge der Corona-Krise entwickelte. Bevor der Tilgungsplan ausläuft, wird diese Situation ausgewertet.

Mehrere unserer Vereine aus Sport und Kultur beantragten dieses zinslose Darlehen.

Hierzu meine Fragen:

1. Wohlwissend das die Corona-Krise tiefe Spuren bei den Vereinen hinterlassen hat, wie wurden die Rückzahlungsmodalitäten mit den Vereinen vereinbart?
2. Wie viele Vereine haben bis zum jetzigen Zeitpunkt eine Stundung der Rückzahlungen beantragt?
3. Was passiert, wenn im „worst case“ ein Verein seine Schulden nicht bezahlen kann?

• **Frage Nr. 958 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zu Unterstützungen im Bereich der hybriden Arbeitsmodelle**

Im Zuge der stetig steigenden Spritkosten und der Coronapandemie ist es kaum verwunderlich, dass sich das Homeoffice zunehmender Beliebtheit erfreut. Immerhin spart man sich bei der Arbeit von Zuhause einerseits die Tank- und Unterhaltskosten eines Autos, andererseits spart man sich natürlich auch die Zeit beziehungsweise den Weg zum Arbeitsplatz und gewinnt somit an Lebensqualität.

Eine Umfrage des Personaldienstleisters Acerta hat in diesem Zusammenhang kürzlich ergeben, dass lediglich 7 % der Befragten Beschäftigten künftig noch täglich ins Büro fahren wollen. Alle anderen hingegen würden ein hybrides Arbeitsmodell bevorzugen, bei dem sie an zwei oder drei Tagen in der Woche vom Homeoffice aus arbeiten können.

Eine Vorstellung die ebenfalls auf Seiten der Arbeitgeber anklang zu finden scheint. So ging aus einer Umfrage von Acerta in Zusammenarbeit mit der KU Löwen hervor, dass sich die überwältigende Mehrheit (90 Prozent) der Arbeitgeber für eine Mischung aus Arbeit im Betrieb und im Homeoffice ausspricht. Dabei tendieren allerdings 60 Prozent der Arbeitgeber dazu, dass ihre Beschäftigten an den meisten Arbeitstagen im Betrieb erscheinen.

Wie dem auch sei; Fakt ist, dass zum Homeoffice durchaus gewisse Voraussetzungen gegeben sein müssen. Immerhin ersetzt der PC auf dem Küchentisch noch lange nicht das Büro im Unternehmen. Nein, es bedarf einer vernünftigen Internetverbindung, eines Fernzugriffes auf das Unternehmensnetzwerk, einer Umstellung der Telefone, einer Anpassung interner Arbeitsabläufe und vieles weiterem mehr.

Um also in der heutigen Arbeitswelt zu überleben, mussten und müssen die Unternehmen nicht nur digital aufrüsten und sich für verschiedenste Problemstellungen wappnen, sondern teilweise auch die gesamte Arbeitsweise neu ausrichten.

Eine Herausforderung, die keineswegs immer einfach zu meistern ist.

Vor diesem Hintergrund werte Ministerin möchte ich Ihnen daher folgende Fragen stellen:

1. Inwiefern wird den Ostbelgischen Arbeitgebern konkret dabei geholfen, Homeoffice-Lösungen in ihren Unternehmen einzurichten?
2. Welche Anstrengungen unternehmen Sie als Ministerin, um hybride Arbeitsmodelle für Arbeitnehmer in Ostbelgien zu ermöglichen?
3. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge in puncto Homeoffice für die Mitarbeiter der öffentlichen Dienste in Ostbelgien?